

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellschein vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — **Volkskassentor Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21. — Telephon 4598

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Deutschlands Steuerlasten.

(Nach der amtlichen Darstellung des Reichsfinanzministeriums.)

Die Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über die Steuerbelastung, die die deutsche Regierung der Friedenskonferenz übergeben hat, bringt eine Darstellung über die Entwicklung der Reichssteuern während des Krieges bis zum Abschluß der Reform des direkten Abgabensystems. Sie zeigt, auf welche Weise Deutschland versucht, einen eigenen Bedarf an Steuern von annähernd 32 Milliarden Mark durch laufende Steuern zu befriedigen. Die Denkschrift betont, daß schon vom fiskalischen Standpunkt aus dieser ungeahnt hohe Bedarf zu einem Steuerdruck führen müßte, der bis an die Grenzen des überhaupt Möglichen reichen würde. Sie erörtert dann die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die Deutschland durch den Krieg geraten ist und fährt dann fort: Die Lebenshaltung ist durch diese Erscheinungen auf einen Grad der **Teuerung** geführt, der als unerträglich bezeichnet werden muß. Wie sehr allein die Teuerung auf die Gestaltung des Steuerbedarfs in Reich, Gliedstaaten und Gemeinden wirken mußte, zeigt ein Vergleich im Reichshaushalt, nämlich die Ausgabe von 3 Milliarden Mark für Besetzungsaufstellungen. Aber das Ziel der großen Steuerreform in Deutschland dürfte im Hinblick auf die veränderten wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen nicht allein darin liegen, Einnahmen zu erschließen. Es kam vielmehr die zweite, für die ruhige staatliche Entwicklung Deutschlands unerlässliche Voraussetzung hinzu, nämlich den gewaltigen Steuerdruck nach den Prinzipien der Leistungsfähigkeit auf die Steuerpflichtigen und ihre Wirtschaft zu verteilen. In erster Linie stand daher die Reform der direkten Steuer auf Vermögen, Einkommen und Vermögenszuwachs. Wenn auch die indirekten Steuern vorerst nur eine sekundäre Rolle spielten, so bedeutet das nicht, daß sie nicht ausgeschöpft werden. Das geht schon aus dem Vergleich der Ertragnisse zwischen den direkten und indirekten Steuern hervor. Es werden nach den amtlichen Schätzungen aufgebracht in einem Bestandsaufnahmestadium, d. h. also in einer Lage, die als stetig bezeichnet wird, folgende Summen:

	1920 in Millionen Mark	1913 in Millionen Mark
Direkte Steuern	15 250	2 130
Indirekte Steuern	13 200	1 328
Zölle	2 500	679
	20 950	4 137

Es halten sich also die direkten Steuern auf der einen und die indirekten Steuern mit den Zöllen auf der anderen Seite etwa das Gleichgewicht. Dieses Steuerertragsverhältnis soll erreicht werden, denn der Bedarf von Reich, Ländern und Gemeinden, der auf weitestgehend 32 Milliarden veranschlagt ist, kann aus keiner anderen Quelle befriedigt werden als aus den laufenden direkten und indirekten Steuern und Zöllen. Die Ersparnisse auf der Ausgabe Seite sind strengstens durchzuführen, aber sie lassen sich bei einer Reihe von Posten nicht bewerkstelligen. So weisen vor allen Dingen die großen Betriebsunternehmen des Reichs, die Eisenbahn und die Post, die höchsten Milliardendefizite auf. Sie gehen bis zu 13 bzw. heute 16 Milliarden Mark.

Der Bedarf des Reichs setzt sich nach den großen Gruppen abordnet aus folgenden Ausgaben zusammen:

1. für die Reichsschuld 12,4 Milliarden Mark
2. „ Besoldungs-, Ruhegehalts- und Lohnaufstellungen 3 „ „
3. „ Pensionen, Militärrenten, Hinterbliebenenversorgung 3,0 „ „

Gespannte Situation in Spa.

Spa, 6. Juli. Die zweite Sitzung der Konferenz, an der auf deutscher Seite Reichsfinanzminister Fehrenbach, Minister des Reichs Dr. Simons, Reichswirtschaftsminister Dr. Gehler und Generalleutnant v. Seede teilnahmen, wurde nach 4 1/2 Uhr durch den Ministerpräsidenten de la Croix mit der Frage eröffnet, welches Mitglied der deutschen Delegation den Auftrag habe, die Note der Entente in der Frage der Entwaffnung zu beantworten. Dr. Gehler ging sofort in längerer Ausführung auf die ganze Entwaffnungsfrage ein und schilderte den gegenwärtigen Zustand. Die 200 000 Mann seien für die deutsche Regierung eine unumgängliche Notwendigkeit. Lloyd George stellte darauf die Punkte auf, in denen die Alliierten Deutschland Nichterfüllung des Friedensvertrags in militärischen Dingen vorwerfen, insbesondere, daß die Reichswehr 200 000 statt 100 000 Mann umfasse, daß Deutschland statt der ihm zustehenden 2000 Maschinengewehre 50 000 habe, statt der ihm zugestandenen 280 Geschütze 12 000. An Gewehren seien zwar 1,5 Millionen abgeliefert und die Hälfte davon bereits zerlegt; es unterliege jedoch keinem Zweifel, daß noch außerordentlich große Bestände in den Händen der deutschen Bevölkerung seien. Der Befehl der Gewehrlei sei ein politisches Gefährdungsmoment von außerordentlicher Schwere; ihm gegenüber sei es verhältnismäßig gleichgültig, ob die Heeresstärke Deutschlands 100 000, 200 000 oder 300 000 Mann betrage. Die Alliierten erwarteten von der deutschen Regierung bis morgen vormittag bestimmte Pläne, wie sich die Auslieferung dieser Waffen und die Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann gestalten sollte. Reichsfinanzminister Dr. Fehrenbach betonte darauf in ausführlicher und lebhafter Darlegung die Schwierigkeiten der Aufstellung eines weiteren Planes. Er machte auch darauf aufmerksam, daß die Wiedergutmachungsorderungen der Alliierten von dem Bestehen einer genügend großen Wehrmacht in Deutschland abhängig seien. In harter Weise erwiderte Lloyd George, die Alliierten wollten keine Ziffern; die Konferenz von Spa hätte sonst keinen Zweck mehr. Minister Dr. Simons erwiderte sofort, wir hätten nach Lage der Dinge nie annehmen können, daß die militärischen Fragen an erster Stelle besprochen werden würden. Es sei zweifelhaft, ob wir bis morgen vormittag in der Lage sein würden, bestimmte Pläne vorzulegen. Lloyd George erwiderte, man werde uns genügend Zeit lassen. Ministerpräsident de la Croix setzte darauf die nächste Sitzung auf Mittwoch nachmittags 2 1/2 Uhr an.

4. für Behandlung von Kriegesbeschädigten (Vol. Reichsarbeitsministerium) 0,81 Milliarden Mark
5. „ Heer und Marine 1,87 „ „
6. „ Sonstige fortdauernde Ausgaben 1,84 „ „

Hierzu tritt der Steuerbedarf der Länder und Gemeinden, der für das Jahr 1919 auf rund 6 1/2 Milliarden Mark berechnet wurde. Um diese Milliardensummen aufzubringen, erwies es sich als unumgänglich notwendig, daß Deutschland alle Steuerquellen bis zur höchsten Leistungsfähigkeit ausschöpfte. Die wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die in jeder Steuerreform ausschlaggebend sein müssen, wurden nur soweit berücksichtigt, als es das entscheidende fiskalische Interesse gestattete. Von diesen Grundlagen aus ist die Steuerbelastung in Deutschland zu bewerten. Die Berechnung der Steuerlast auf den Kopf der Bevölkerung gibt über den tatsächlichen Steuerdruck keinen Aufschluß; denn ein reiches Land wird eine bestimmte Steuerlast leichter tragen können als ein armes Land. Hierzu kommt, daß Deutschland weit stärker als irgendein anderes Land in seiner Wirtschaft geschwächt ist. Der Aufbau der Vermögens- und Einkommenspyramide in Deutschland ist wesentlich anders gestaltet als beispielsweise in England und den Vereinigten Staaten von Amerika. In Deutschland ist das Kräfteverhältnis in der Vermögensverteilung mehr zugunsten des Mittelstandes und der breiten Volksmassen verschoben. Das hat die Folge, daß das Einkommen in den untersten Schichten in Deutschland nicht so hoch ist wie in jenen Ländern, in denen der Grundbesitz, besonders stark vertreten ist. Auch die Verschlebung der Wirtschaft im Aufbaue der Bevölkerung gestaltet es nicht, die Pro-Kopf-Ziffer als Gradmesser für die Steuerbelastung hinzustellen. Denn die Belastung in einem anderen Lande ist allerniedrigst weit niedriger als im kriegsarmen Lande. Tatsächlich aber hat bei der größeren Anzahl der Kinder die Volkswirtschaft größere Kosten aufzubringen für die Heranziehung dieser noch nicht erwirtschaftenden Menschen.

Es sind also weder das reale Kapital noch das reale Einkommen und die mit beiden in Verbindung stehenden wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen klar zu erfassen, um hieraus die Steuerbelastung der einzelnen Länder zu vergleichen. Immerhin ergibt die Berechnung über die Belastung auf den Kopf der deutschen Bevölkerung eine Steuerlast von mindestens 533 M.

Die Denkschrift führt dann die Steuern der Reichsfinanzreform von 1919/20 an. In der Anlage gibt die Denkschrift eine Uebersicht über künftige Steuern, direkte und indirekte Reichsteuern nach dem Stande der neuesten Gesetzgebung. Die einzelnen Steuern sind nach ihrem materiellen Aufbau und nach ihrem Tarif dargestellt. Daneben werden auch Urteile über die möglichen Erhöhungen der einzelnen Steuern ausgesprochen. Im Anhang werden umfassende Tabellen über die Steuerertragnisse und die Belastung durch die einzelnen Steuern sowie über die Reichsschuld und ihre Entwicklung gegeben.

Die Darlegungen des Reichsfinanzministeriums sind in verschiedener Hinsicht ansehbar. Wir verweisen nur auf das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern, das sich durch die größte Nachsicht bei der Einziehung der Besitzsteuern sehr zugunsten der indirekten Steuern verschoben hat. Auf Grund unserer Kritik in verschiedenen Artikeln werden unsere Leser die amtlichen Angaben richtig einschätzen können.

Der Reichskanzler über die Konferenz.

U. Spa, 6. Juli. Beim Empfang der deutschen Pressovertreter beim Reichskanzler Fehrenbach in Spa erinnerte der Kanzler in Beurteilung der gesamten politischen Lage an seine letzten beiden Reichstagsreden und hob ausdrücklich den Beschluß der Regierung hervor, keine unerfüllbaren Verpflichtungen zu übernehmen. Er wies darauf hin, wie abhängig die deutsche Leistungsfähigkeit von der Ruhe im Innern sei und wie diese wiederum bessere Ernährungs- und mehr Arbeitsmöglichkeiten zur Voraussetzung habe. Demgemäß betonte er als erste Forderung Deutschlands das Herbeischaffen von Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Die deutsche Abordnung wolle den Alliierten die Lage Deutschlands ungeschminkt darlegen. Ueber die Aussichten der Verhandlungen in Spa könne man vorläufig nichts sagen.

Wiederaufbau in Frankreich.

B. A. Entsprechend den in Anlage IV des Wiedergutmachungskapitels des Friedensvertrags enthaltenen Bestimmungen, die eine weitgehende Lieferung von Materialien, Maschinen usw. für die Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich vorsehen, ist jetzt — wie die Wabgeburger Zeitung meldet — der deutschen Reichsregierung eine Anzahl umfangreicher Listen mit Erzeugnissen aller Art überreicht worden. Es handelt sich um Lieferungen für einige Milliarden Reichsmark, und es soll von Seiten der Regierung geplant sein, diese Lieferungsverpflichtungen zur Behebung der Absatzstörung zu verwerten, die zur Zeit in zahlreichen Wirtschaftszweigen herrscht. An erster Stelle sollen große Mengen landwirtschaftlicher Maschinen in Betracht kommen, in denen die Industrie zur Zeit sehr bedeutende Vorräte auf Lager hat, während der Inlandsverkauf vollständig stockt. Andre Erzeugnisse, wie Möbel etc., würden erst später, nachdem die Wiederherstellung weiter vorgeschritten ist, geliefert werden, doch beabsichtigt man, eventuell auch jetzt schon Käufe darin vorzunehmen, um es der Industrie möglich zu machen, zur Wiederaufnahme der Erzeugung überzugehen. Nachdem in der Frage des Wiederaufbaus bereits vor einiger Zeit folgende Notiz durch die Presse gegangen ist:

„In Köln ist kürzlich die Rheinische Zentrale für Lieferungen nach Frankreich und Belgien G. m. b. H. gegründet worden. Gründer sind der Industrieverband des besetzten rheinischen Gebiets, die Vereinigung der Handelskammern des besetzten Gebiets und die vereinigten Wirtschaftskammern der Landwirtschaftskammern des besetzten Gebiets. Die Gesellschaft ist zu dem hauptsächlichen Zweck gegründet worden, den gesamten rheinischen Wirtschaftsfaktoren Aufträge aus dem gewaltigen Arbeitsgebiet des Wiederaufbaus im Sinne des Friedensvertrags zu verschaffen. Vorstehender des Aufsichtsrats ist der Baurat Ernst Ledner. Die Gesellschaft ist im Einverständnis mit dem Minister für den Wiederaufbau errichtet worden. Die Rheinische Zentrale ist ihre Tätigkeit in enger Verbindung mit der Geschäftsstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Frankfurt a. M. aus. Wie ich höre, sind die Verhandlungen über die Errichtung eines gemeinsamen Bureaus, in dem zunächst ein französischer Beamter und ein solcher der Rheinischen Zentrale zusammenarbeiten, ihrem Abschluß nahe.“

Kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die großen Anforderungen, die der Friedensvertrag gerade in dieser Hinsicht an die Wirtschaftskraft Deutschlands stellt, wahrscheinlich zu einer glänzenden Verdienstsituation für die Industrie ausgeglichen werden sollen. Da nach den bisherigen Bestimmungen von Frankreich oder Belgien keine Zahlungen für diese Lieferungen geleistet, sondern die dafür zu entrichtenden Beträge von der Wiedergutmachungsschuld in Abzug gebracht werden, müssen die erforderlichen Summen von der Reichsregierung mit Hilfe der Notenpresse stiftig gemacht werden. Nachdem der Haushaltetat für 1920 ein Defizit aufweist, das man ohne Uebertreibung für das ganze Rechnungsjahr mit etwa 40 Milliarden Mark veranschlagen muß, ist naturgemäß an eine steuernmäßige Deckung der Kosten aus dem Friedensvertrag gar nicht zu denken. Die bisherigen Formen der Steuerpolitik sind so unfruchtbar, daß es mehr als zweifelhaft ist, ob aus den bewilligten Ausgaben auch nur die errechneten Einnahmen erzielt werden. Ueber die von jetzigen Reichsfinanzminister vorgesehenen produktiven Steuern hat man aber bis heute in der Öffentlichkeit nichts Positives erfahren und es scheint, daß Herr Birth sich selbst noch nicht recht darüber ins Klare gekommen ist. Wie es bei der Hochachtung vor dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, der Wahrung der bestehenden Formen der Privatwirtschaft und der anarchischen Gestaltung unseres Wirtschaftslebens überhaupt möglich sein soll, produktive Steuerpolitik zu treiben, ist bis heute jedenfalls das Geheimnis des Herrn Ministers, und wir sind sehr gespannt, wie seine diesbezüglichen Vorschläge aussehen werden. Sobald die Regierung aus Spa zurückkehrt, wird sie ja nicht umhin können, sich zu allen diesen Fragen nicht nur konstatierend — wie es bisher geschehen ist — zu äußern, sondern ein Programm mit klaren Berechnungen zu entwickeln. — Jedenfalls ist es aber ganz undenkbar, daß die deutsche Arbeiterschaft sich damit einverstanden erklärt, daß die Milliardenlieferungen nach Frankreich zur Entfesselung eines erneuten Profitwahns führen, wie wir ihn etwa zur Zeit des Hindenburgprogramms erlebt haben, sondern es ist notwendig, daß die Gewinne der Industrie bei diesen Lieferungen aufs äußerste eingeschränkt werden, solange man die Sozialisierung der wichtigsten Industrien noch nicht durchgeführt hat. Es genügt uns aber nicht, daß die Regierung Nachprüfung der Preisforderungen usw. zugesagt und Kommissionen bildet, in denen die Interessenten der Industrien sitzen, sondern hier ist Gelegenheit, in umfassender Weise die Betriebsräte heranzuziehen und zum Nutzen der Gesamtheit wirken zu lassen. Wir erheben von vornherein Protest, daß diese Aufgaben den Arbeitsgemeinschaften übertragen werden, denn die Entwicklung in den „gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltung-